

Altersvorsorge: BDS Deutschland im Bundesarbeitsministerium

Konzept zur Zukunft der Altersvorsorge vorgestellt

Bei der Veranstaltung „Dialog mit (Solo-)Selbständigen, Gründerinnen und Gründern und kleinen Unternehmen“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ging es vor allem um das Thema der Altersvorsorge und Rente. Der Bund der Selbständigen Deutschland wurde durch Präsidentin Liliana Gatterer, Vizepräsidenten Frank Bösemüller und den Politik-Referenten Tim Wiedemann vertreten. Der BDS Deutschland sprach sich im Rahmen der Veranstaltung für eine grundlegende Reform des Rentensystems aus und legte einen konkreten Vorschlag vor.

„Mit Besorgnis haben wir registriert, dass Arbeitsministerin Nahles wohl plant die Selbständigen in die gesetzliche Rente zu zwingen. Dabei ist das aktuelle Rentensystem nicht zukunftsfest. Es bedarf einer grundlegenden Reform. Einer Pflichtversicherung könnten wir nur dann zustimmen wenn auch Beamte und Politiker in dieses System einbezogen würden“, sagt Liliana Gatterer mit Blick auf die Rede von Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD). Der Vizepräsident des BDS Deutschland, Frank Bösemüller erklärt: „Wir schlagen ein Wahlrecht der Selbständigen auf freiwillige Einzahlung in die Rentenversicherung zur Schaffung einer Grundversorgung im Alter vor. Neben der Rentenversicherung sollte auch eine privatwirtschaftliche

Rente, aus einer Versicherung oder analog zu den Freiberuflern, aus einem Versorgungswerk der Selbständigen möglich sein.“ Das Positionspapier des BDS Deutschland zum Thema Altersvorsorge für Selbständige ist hier abrufbar: http://bund-der-selbstaendigen.de/wp-content/uploads/2016/10/Positionspapier.Altersvorsorge.BDS_Deutschland.pdf



Frank Bösemüller, Liliana Gatterer und Tim Wiedemann vertraten den BDS im Bundesarbeitsministerium.
Foto: BDS Deutschland

Neues Gesetz ermöglicht Kündigungen per E-Mail

Änderungen haben Auswirkungen auf Unternehmen

Durch eine Änderung des Paragraphen 309 Nr. 13 im Bürgerlichen Gesetzbuch ist das Kündigen von Verträgen seit dem 1. Oktober 2016 einfacher geworden. Nun dürfen Unternehmen nicht mehr verlangen, dass ausschließlich in Schriftform per Brief oder Fax gekündigt werden kann. Auch E-Mails oder eingescannte PDFs reichen für eine Kündigung aus. Die Neuregelung gilt für alle Verträge die nach dem 30. September 2016 abgeschlossen werden. Außerdem gilt die Gesetzänderung nur für Verbraucherverträge also Verträgen zwischen Privatpersonen und Unternehmen. Alle anderen Verträge wie Miet- oder Arbeitsverträge können auch in Zukunft nur durch eine eigenhändige Unterschrift gekündigt werden.



Kündigungen per E-Mail sind in Zukunft leichter möglich.
Foto: pixabay

BDS beim BGA Unternehmertag Spitzenvertreter der Bundespolitik sprechen über Wirtschaftspolitik

Der Einladung des Bundesverbands Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. (BGA) folgten Vertreter des BDS Deutschland nach Berlin. Im Haus der Verbände, in dem auch der BDS Deutschland ansässig ist, sprachen Bundeskanzlerin Angela Merkel, Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel, Grünen-Fraktionsvorsitzender Anton Hofreiter und FDP-Chef Christian Lindner über verschiedene Themen der Wirtschaftspolitik. In allen Reden wurde die Debatte um das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) thematisiert. Während Merkel dafür plädierte das Abkommen möglichst noch im Jahr 2016 abzuschließen, sagte Gabriel, dass es vermutlich einen Neustart der Verhandlungen nach der US-Präsidentenwahl geben wird. Anton Hofreiter von den Grünen stellte in seiner Rede die Kritikpunkte am Freihandelsabkommen heraus und plädierte für mehr Transparenz bei den Verhandlungen. FDP-Chef Christian Lindner nutzte die Gelegenheit für eine wirtschaftspolitische Grundsatzrede. Dabei plädierte er für eine deutliche Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen in den Bereichen Steuern und Infrastruktur.



Christian Lindner hielt eine wirtschaftspolitische Grundsatzrede.
Foto: BDS Deutschland

Bundesregierung beschließt weiteres Bürokratieentlastungsgesetz

Kleine Unternehmen sollen entlastet werden

Der Abbau von Bürokratie ist eine der Kernforderungen des Bund der Selbständigen. Nachweispflichten, Meldungen und sonstige Vorschriften kosten Zeit und damit auch Geld. Deshalb setzt sich der BDS auf allen Ebenen für den Abbau solcher Vorschriften ein. Als „einen Schritt in die richtige Richtung“, bezeichnet BDS Präsidentin Liliana Gatterer den Entwurf für ein zweites Bürokratieentlastungsgesetz, das die Bundesregierung nun beschlossen hat. „Einige unserer Vorschläge, wie die Veränderungen bei der Fälligkeit von Sozialversicherungsbeiträgen wurden aufgegriffen und umgesetzt“, sagt Gatterer. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass statt einer Schätzung der Beiträge im laufenden Monat die tatsächlichen Beitragswerte des Vormonats eingesetzt werden sollen. „Die Ansätze sind gut, in einigen Bereichen hätten wir uns aber noch mehr Mut gewünscht um größere Entlastungen durchzusetzen“, so Gatterer. Der Gesetzentwurf sieht eine Erleichterung der Aufbewahrungspflichten für Lieferscheine vor. Wenn Lieferscheine keine Buchungsbelege sind, müssen diese nicht mehr aufbewahrt werden. Weiterhin ist eine Anhebung der Grenze für die Abgabe der vierteljährlichen Lohnsteueranmeldung von 4.000 Euro auf 5.000 Euro geplant. Ebenfalls eine Anhebung soll es bei den Kleinbetragsrechnungen, also Rechnungen für die die umsatzsteuerlichen Formvorschriften nicht in vollem Umfang gelten, geben.



Der BDS setzt sich für den Abbau von Bürokratie ein.
Foto: pixabay

Landesverbandstag des BDS Rheinland-Pfalz und Saarland e.V.

Zahlreiche Gäste aus anderen Landesverbänden anwesend

Bei der Generalversammlung des Bund der Selbständigen Rheinland-Pfalz und Saarland e.V. in Worms zog das Präsidium für die vergangenen zwölf Monate eine positive Bilanz. Der Wormser Oberbürgermeister Michael Kissel dankte in seinem Grußwort dem BDS für sein Engagement und betonte die Bedeutung der Selbständigen für die Wirtschaft in Worms. Der Dreiklang aus attraktivem Wirtschaftsstandort, touristischer Destination und der kulturellen Vielfalt mache den Charakter von Worms aus, so Kissel. Er betonte, dass die Wirtschaftsförderung in seinen Augen eine wichtige Rolle bei der Stadtentwicklung spielt und wies unter anderem auf das Gründerzentrum in Worms hin.



Gruppenfoto des BDS Rheinland-Pfalz und Saarland e.V. mit den Gästen.

Foto: BDS Rheinland-Pfalz und Saarland e.V.

In ihrem Jahresrückblick zeigte sich die Präsidentin des BDS, Liliana Gatterer, zufrieden: „Wir konnten in verschiedenen Bereichen Erfolge verbuchen. Sowohl in der politischen Arbeit als auch bei den Veranstaltungen und den Einkaufsvorteilen haben wir Fortschritte gemacht“. Die politische Arbeit des Bund der Selbständigen sei in den letzten Monaten vor allem von der rheinland-pfälzischen Landtagswahl geprägt gewesen, so Gatterer. „Wir haben viele Vorgespräche geführt und an Programmentwürfen der Parteien mitgearbeitet. Im Koalitionsvertrag sind einige unserer zentralen Anliegen vertreten, das zeigt, dass wir gute Arbeit gemacht haben“, sagt Gatterer. Außerdem habe man im Rahmen des Dachverbandes Bund der Selbständigen Deutschland am Gesetzgebungsverfahren bei der Erbschaftssteuer und dem Gewährleistungsrecht im Handwerk mitgearbeitet. Im Anschluss an die Versammlung unternahmen die Teilnehmer eine gemeinsame Fahrt auf dem Rhein, wo bei Kaffee und Kuchen alte Kontakte gepflegt und neue Verbindungen geknüpft wurden. Ein großes Dankeschön gilt den BDS Kollegen aus den anderen Landesverbänden, die der Einladung folgten und nach Worms gekommen sind.

Unser Rahmenvertragspartner: Opel



Wir leben Autos.

Für die Modelle Adam, Mokka X und Combo läuft aktuell eine Sonderaktion. BDS Mitglieder erhalten zusätzliche Rabatte beim Kauf eines dieser Modelle. Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte die Geschäftsstelle Ihres Landesverbandes.

Impressum

Herausgeber: Bund der Selbständigen Deutschland
Vertreten d. d. Präsidentin Liliana Gatterer (V.i.S.d.P)
Redaktion & Layout: Tim Wiedemann

Büro Berlin: 030 72625670 oder info@bund-der-selbstaendigen.de